

Jan Kluge

Unliebsame Wahrheiten

Was Politik, Wirtschaft und Medien
uns verschweigen

REDLINE | VERLAG

© des Titels »Unliebsame Wahrheiten« (ISBN 978-3-86881-350-0)

2013 by Redline Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München

Nähere Informationen unter: <http://www.redline-verlag.de>

1 Politik

Machtmissbrauch, Korruption und Missmanagement sind Wesenszüge der deutschen Politik. Da wird, wo immer es geht, mit der Industrie gemeinsame Sache gemacht, Milliarden deals werden am Parlament vorbei geschleust und Subventionen an Unternehmen verschleudert, die keine Not leiden, sondern Millionengewinne verbuchen. Alles nur Polemik? Nun, die folgenden Unliebsamen Wahrheiten sprechen für sich.

Unliebsame Wahrheit 1: Bezahlung von Abgeordneten des Bundestags

Abgeordnete des Bundestages sind besser bezahlt als Manager. Sie verdienen im Jahr zwischen 20 000 und 30 000 Euro mehr als Führungskräfte aus der Wirtschaft mit vergleichbarer Qualifikation.

»Die Manager in der freien Wirtschaft verdienen viel mehr.« Diesen Satz werden Politiker nicht müde anzuführen, wenn es um die Bewertung und Neubemessung ihrer Diäten geht. Doch stimmt das wirklich? Sicher, zwischen dem Gehalt eines Bundestagsabgeordneten und einem Banken-Vorstand liegen Welten von ein paar Millionen. Anders verhält es sich jedoch, wenn man die tatsächliche berufliche Qualifikation der Abgeordneten berücksichtigt.

Eine Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit tat genau das und verglich das Einkommen der Abgeordneten mit dem Einkommen von Managern oder Selbstständigen, die eine den Politikern gleich-

wertige Ausbildung besaßen. Das Ergebnis: Die Politiker verdienen im Durchschnitt zwischen 20 000 und 30 000 Euro mehr als die Arbeitskräfte in der freien Wirtschaft.⁴ Verantwortlich für diesen Unterschied sind vor allem die Nebeneinkünfte der Abgeordneten, die durchschnittlich bei knapp über 10 000 Euro im Jahr liegen. Am meisten verdiente 2009 beispielsweise der SPD-Mann Walter Riester dazu: mindestens 144 500 Euro.⁵ 2008 lag die Summe seiner Nebeneinkünfte noch weit über 280 000 Euro. Das ist insofern pikant, als Riester das Geld vor allem von Finanzberatern oder Versicherungen erhielt, für die er Werbung machte, und die die nach ihm benannte Riester-Rente verkauften. Wussten Sie eigentlich schon, dass die leider ein ganz großer Nepp ist? Nein? Können Sie gerne in der Unliebsamen Wahrheit 123 nachlesen.

Unliebsame Wahrheit 2: Aufwendungen für die Alt-Bundespräsidenten

Die Aufwendungen für den aktuellen und die Alt-Bundespräsidenten belaufen sich auf über zwei Millionen Euro im Jahr.

Und obendrauf kommt nun auch noch der Ehrensold für den leidenschaftlichen Barzahler Christian Wulff. Dieses Geld wird der 53-Jährige ebenso wie alle anderen Alt-Bundespräsidenten bis an sein Lebensende erhalten. Gerade erst wurde der Ehrensold noch einmal um 18 000 Euro auf insgesamt 217 000 Euro im Jahr erhöht. Sollte

4 Unter uns: Können Sie sich ernsthaft einen einzigen Bundestagsabgeordneten an der Spitze eines deutschen Konzerns vorstellen?

5 Quelle: www.nebeneinkuenfte-bundestag.de. Dass die Nebeneinkünfte Riesters mindestens 144 500 Euro betragen, liegt schlicht daran, dass die Bundestagsabgeordneten die Höhe ihrer Nebeneinkünfte nicht genau angeben müssen, sondern nur in Stufen. Stufe 1: 1000–3500 Euro. Stufe 2: 3500–7000 Euro. Stufe 3: über 7000 Euro. Nebenverdienste unter 100 Euro müssen gar nicht angegeben werden. Grundlage der Zahl 144 500 ist das absolute Minimum. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Summe in Wirklichkeit wesentlich höher war.

Wulff es bis zur in Deutschland üblichen durchschnittlichen Lebenserwartung von 80 Jahren schaffen, kostet er den deutschen Steuerzahler mindestens 5,8 Millionen Euro. Hinzu kommen – wenn Wulff will – Dienstwagen mit Chauffeur sowie ein Büro mit eigenen Mitarbeitern. Und dazuverdienen darf Wulff natürlich so viel Geld, wie er will. Vom Zuverdienst werden auf den Ehrensold angerechnet: 0 Cent. 5,8 Millionen Euro? Kein schlechter Lohn für nicht einmal zwei Jahre im Dienst.

Unliebsame Wahrheit 3: Parlaments-Blaumacher

Der Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler fehlte in der aktuellen Legislaturperiode bei 36 von 62 namentlichen Abstimmungen.

Wie heißt es so schön auf der Seite des Bundestages: »Der Bundestag wird vom Volk gewählt und ist der Ort, an dem unterschiedliche Auffassungen über den richtigen politischen Weg formuliert und diskutiert werden.« Und weiter steht dort geschrieben: »Die wichtigsten Aufgaben des Bundestages sind die Gesetzgebung und die Kontrolle der Regierungsarbeit.« So weit, so klar. Schade ist nur, dass sich nicht alle Abgeordneten für diese wichtigste Aufgabe des Bundestages zu interessieren scheinen. Peter Gauweiler fehlte beispielsweise seit 2009 bei 36 von 62 namentlichen Abstimmungen.⁶ Er gilt damit als der König der Blaumacher im Parlament. Doch woher rührt diese laxen Arbeitsmoral? Ist der Mann etwa so oft krank? Nein, keine Sorge! Er hat nur so viel zu tun. Nur leider eben nicht als Abgeordneter.

Auch Gauweiler hat ja noch einen ordentlichen Beruf gelernt neben der Politik. Er ist Rechtsanwalt. Im Jahr 2011 verdiente er als An-

⁶ Quelle: www.abgordnetenwatch.de

walt immerhin noch mehr als 120 000 Euro hinzu. Geld, das man von den Mandanten nicht umsonst bekommt. Da muss man schon ein bisschen was für tun.

Die Abwesenheit Gauweilers im Parlament hat übrigens System. Schon in der Legislaturperiode davor fehlte er am häufigsten bei Abstimmungen. Er verpasste jede dritte. Stellt sich die Frage, warum der Mann überhaupt noch Abgeordneter ist?

Unliebsame Wahrheit 4: Bundesschuld

Der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt sind Zinsen für Staatsschulden.

Im Jahr 2012 muss Deutschland 38 Milliarden Euro an Zinsen bezahlen. Die sogenannte Bundesschuld ist die zweitgrößte Staatsausgabe im Bundeshaushalt. Nur das Budget des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist mit 123 Milliarden Euro deutlich höher. Mit den Ausgaben der Bundesschuld werden nur die fälligen Zinsen von Krediten bedient. Es erfolgt damit keine Tilgung von Schulden. Auf Platz drei der Bundesausgaben: die Ausgaben für das Verteidigungsministerium! Satte 32 Milliarden Euro kosten uns unsere Soldaten im Jahr.⁷

⁷ Quelle: Bundeshaushalt 2012 des Bundesfinanzministeriums

Unliebsame Wahrheit 5: Schlampige Gesetze

Zwischen 1990 und 2011 musste das Bundesverfassungsgericht insgesamt 139 vom Bundestag verabschiedete Gesetze für nichtig oder gar verfassungswidrig erklären.

Ein trauriger Beleg für die Schlamperei und Sorglosigkeit, mit der Politiker in Deutschland Gesetze schreiben und beschließen. Unter den betroffenen Gesetzen waren unter anderem das siebente Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern, das Bundeskindergeldgesetz, der Einheitsvertrag mit der DDR, das Einkommenssteuergesetz und das Bundeswahlgesetz.⁸

Unliebsame Wahrheit 6: Lobbyarbeit bei Gesetzesentwürfen

Mitarbeiter von Industrieverbänden unterstützen deutsche Ministerien beim Schreiben von Gesetzesentwürfen.

Haben Sie eigentlich eine Vorstellung davon, wie ein Gesetz entsteht? Ungefähr so: Es gibt ein Problem, das dringend einer Regelung bedarf. Also machen sich die Mitarbeiter eines Ministeriums daran, den Sachverhalt von allen Seiten zu prüfen und einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, der die Interessen des Volkes hinsichtlich des zu regelnden Problems bestmöglich vertritt. So weit, so schlecht, denn damit ein neues Gesetz nicht auch zufällig die Gewinnmaximierung von Unternehmen torpediert, nutzt das Ministerium das Know-how von Unternehmen und lässt deren Mitarbeiter an dem Gesetzentwurf mitschreiben. Im Namen des Mammons.

⁸ Quelle: Deutscher Bundestag

So arbeiteten Mitarbeiter der Lufthansa im Außenministerium, Fachkräfte von Daimler Chrysler, BASF und der Telekom unterstützten das Wirtschaftsministerium oder Mitarbeiter der BASF arbeiteten dem Umweltministerium zu. Etwas diskreter funktioniert der von einigen Parteien gewollte und sogar geförderte »Wissens-transfer« zwischen Politik und Privatwirtschaft, wenn die personellen Leihgaben nicht direkt aus den Unternehmen, sondern aus den eigens gegründeten Industrieverbänden in die Ministerien entsandt werden. So kam beispielsweise das Gesundheits- und Entwicklungsministerium in der Vergangenheit nicht ohne die Hilfe des Bundesverbandes der deutschen Industrie aus.

Insgesamt arbeiten mindestens 70 externe Mitarbeiter aus der Industrie in deutschen Ministerien. Einige davon seit mehr als zehn Jahren, obwohl die Arbeitsdauer auf maximal sechs Monate beschränkt sein sollte. Offiziell dürfen die Vertreter von Firmen oder Industrieverbänden natürlich nicht an Gesetzesentwürfen mitwirken. Die Ministerien sprechen daher auch stets nur davon, dass diese externen Mitarbeiter den zuständigen Referaten »zuarbeiten«. Nur warum finden sich dann so oft in neuen Gesetzestexten oder neuen Normvorgaben genau die Wünsche der Industrie wieder? Quasi deckungsgleich?

Ein besonderer Coup durch solches Zuarbeiten gelang beispielsweise der Pharmaindustrie im Jahr 2010, als es an die Neufassung des Arzneimittelgesetzes ging. Zuvor war es so, dass für die Zulassung eines Medikamentes nicht nur die Wirkung, sondern auch der Nutzen ausschlaggebend war. Wenn beispielsweise ein Krebsmedikament die Neubildung von Tumoren zwar nachweislich eindämmte, die Patienten jedoch beispielsweise nicht länger lebten, dann wirkte das Medikament zwar, hatte aber keinen therapeutischen Nutzen. Die findigen Pharmaunternehmen ließen sich nun ins Gesetz schreiben, dass der Gemeinsame Bundesausschuss aus Kassen und Ärzten eine Unzweckmäßigkeit der Medikamente feststellen muss. Sprich: Der

Hersteller muss nicht mehr belegen, dass sein Medikament nützlich ist, sondern der Staat muss dem Hersteller nachweisen, dass es unnützlich ist. Ein nahezu unmögliches Unterfangen, und bis die Unzweckmäßigkeit nicht nachgewiesen ist, wird mit dem neuen Medikament ordentlich Kasse gemacht.⁹

Über externe Mitarbeiter von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden in den deutschen Ministerien ist nichts bekannt.

Unliebsame Wahrheit 7: Stimmenkauf

Deutsche Unternehmen kaufen sich die Stimmen von Politikern.

Im Gegensatz zu dem Geld, das sie mit Beraterverträgen aus der freien Wirtschaft machen können, sind die Diäten unserer Politiker allerdings wirklich Peanuts. Nehmen wir beispielsweise den Fall Kajo Schommer. Der war mal sächsischer Wirtschaftsminister – von 1990 bis 2002. Nur zwei Wochen nachdem Schommer im Mai 2002 aus dem Amt schied, unterschrieb er einen Beratervertrag mit dem Unternehmen Duales System Deutschland GmbH (DSD), das den Grünen Punkt verwaltet. Der Vertrag zwischen DSD und Schommer hatte eine Laufzeit von drei Jahren und war mit 600 000 Euro dotiert. Nur sechs Monate später wurde der Vertrag aufgelöst. Die 600 000 Euro wurden dennoch voll ausbezahlt. Doch wofür bekam Schommer eigentlich das viele Geld? Nun, dafür interessierte sich auch die Staatsanwaltschaft und erhob 2006 Anklage. Zum Prozess kam es nicht mehr, weil Schommer 2007 verstarb. Fest steht nur, dass das Unternehmen DSD 2001 mit

9 Weil CDU/CSU und FDP der Pharmalobby folgten, nahm der Gemeinsame Bundesausschuss aus Kassen und Ärzten die Sache selbst in die Hand und änderte 2011 die Vorgehensweise für die Zulassung von Medikamenten dahingehend, dass er dem Hersteller ein Studiendesign hinsichtlich der Zweckmäßigkeit vorgibt, das der Hersteller umzusetzen hat. Erfolgt diese Umsetzung nicht fristgerecht, erfolgt eine Nichtzulassung auch ohne Nachweis der Unzweckmäßigkeit des Medikamentes.

der Einführung des Dosenpfandes alles andere als glücklich war, da durch ein solches schließlich ein großer Teil seiner Geschäftsgrundlage flöten gehen würde. Also suchte man sich Verbündete in der Politik. Tja, und jetzt raten Sie mal, wie Kajo Schommer 2001 im Bundesrat bei der Abstimmung über die Einführung des Dosenpfandes stimmte. Und mal ehrlich: Für 600 000 Euro hätten Sie es doch auch getan, oder?

Falls Sie denken sollten, dass Kajo Schommer nur ein Einzelfall ist – wachen Sie auf! Der ehemalige Bundesminister für Verkehr Matthias Wissmann ist heute Präsident des Verbandes der Automobilindustrie. Robert Koch, ehemaliger Ministerpräsident von Hessen, ist Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger Berger. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder ist Aufsichtsratsvorsitzender der Nord-Stream AG, jenem Unternehmen, das die Erdgas-Pipeline durch die Ostsee betreibt und zu 51 Prozent dem russischen Energiekonzern Gazprom gehört, dem die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder zufällig eine milliardenschwere Kreditbürgschaft zum Bau ebenjener Pipeline besorgte. Wenn Sie es immer noch nicht wahrhaben wollen, wird Sie vielleicht die folgende unliebsame Wahrheit überzeugen.

Unliebsame Wahrheit 8: Abgeordnetenbestechung

Noch immer hat Deutschland die UN-Konvention gegen Abgeordnetenbestechung nicht ratifiziert.

Und das, obwohl diese Konvention immerhin aus dem Jahr 2003 stammt und Deutschland sie damals sogar unterzeichnet hat. Allerdings war das unter der damaligen rot-grünen Regierung, die dann versäumt hat, dieser Unterschrift Taten in Form eines Gesetzes folgen zu lassen. Die derzeitige schwarz-gelbe Regierung sieht

© des Titels »Unliebsame Wahrheiten« (ISBN 978-3-86881-350-0)

die Unterschrift unter die UN-Konvention mittlerweile als Fehler an und weigert sich, obwohl die Opposition immer wieder versucht, entsprechende Gesetze im Bundestag einzubringen, um die Regelungen zur Abgeordnetenbestechung gesetzlich zu fixieren. Hier die Begründung des CDU-Politikers Siegfried Kauder für die ablehnende Haltung aus seiner Rede vor dem Bundestag:

»Wir brauchen keine Regelungen, die für das Parlament nicht passen und die auch eines Parlamentes unwürdig sind.«

Hallo? Was ist das bitteschön für ein Rechtsverständnis? Gesetze gegen Abgeordnetenbestechung sind unwürdig? Sie sollten in einer funktionierenden Demokratie selbstverständlich sein. Sogar Afghanistan hat bereits ein Gesetz auf der Grundlage der UN-Konvention verabschiedet. Hierzulande aber werden Abgeordnete – sollte ihnen Bestechung nachgewiesen werden – noch immer milder bestraft als beispielsweise Beamte. So aber sind Überweisungen an den Ehegatten eines Abgeordneten keine Bestechung und Parteispenden unmittelbar vor oder nach wichtigen Abstimmungen ebenso wenig. Aber warum sollte in einem Land, in dem Unternehmen bis vor Kurzem Bestechungsgelder noch von der Steuer absetzen konnten oder in dem ein ehemaliger Bundeskanzler sich hartnäckig und erfolgreich weigert, Parteispender offenzulegen, warum sollte in einem solchen Land innerhalb der politischen Kaste eine besondere Sensibilität für Korruption vorhanden sein?

Paradebeispiel für den laschen Umgang der Justiz mit bestechlichen Politikern ist der Kölner SPD-Funktionär Norbert Rütten. Der sammelte für seine Partei illegale Spenden in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro ein. Die ursprünglich gegen ihn verhängte Haftstrafe wurde vom Bundesgerichtshof kassiert und – entsprechend der weichen Gesetze für Volksvertreter – in eine Bewährungsstrafe umgewandelt.

Schärfere Gesetze gegen Abgeordnetenbestechung sind für das Parlament unwürdig? Wohl eher sind Politiker wie Kauder und Rütten für ein Parlament unwürdig.

Unliebsame Wahrheit 9: Steuergeschenk für die Hotelbranche

2010 schenkte die FDP der deutschen Hotelbranche durch eine Mehrwertsteuersenkung eine Milliarde Euro.

Es ist das wohl unverschämteste Beispiel für unverhohlene Klientelpolitik, wie sie in der deutschen Politik gang und gäbe ist. Nach der Bundestagswahl 2009 boxte die FDP gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner CDU/CSU ohne große Not eine Mehrwertsteuer-Ausnahmeregelung für das Hotelgewerbe durch. Durch die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für das Schlafen in Hotels von 19 auf 7 Prozent entgingen dem Fiskus geschätzte Einnahmen von einer Milliarde Euro. Das ist allerdings nur die Zahl, die auch der Hotelverband unverhohlen kommuniziert. Einige Finanzpolitiker schätzen die Steuerausfälle durch das Mehrwertsteuer-Geschenk an die Hotels auf bis zu vier Milliarden Euro. Der Grund dafür ist, dass Hotels heutzutage ihren Kunden eben nicht nur Übernachtungen anbieten, für die die Mehrwertsteuersenkung gedacht ist, sondern eben auch ganze Pakete mit Luxus-Dinner, Wellness-Angebote oder Ausflügen, in denen die Übernachtungen mit drinstecken. Werden die von den Hotels auch nur mit 7 Prozent Mehrwertsteuer abgerechnet, steigen die Steuerausfälle massiv an. Ob man das nicht einfach kontrollieren kann? Klar, könnte man. Aber die Leute im Finanzamt haben wirklich schon genug um die Ohren, wie Sie in der Unliebsamen Wahrheit 47 nachlesen können. Da können die sich nicht auch noch mit Hunderttausenden Hotelabrechnungen herumschlagen.

Unliebsame Wahrheit 10: Parteispenden

2009 erhielt die FDP von der Substantia AG eine Parteispende von 1,1 Millionen Euro.

Na und? Was ist denn daran so schlimm? Das passiert doch sicher alle Tage? Werden Sie sich vielleicht sagen. Sicher, die deutschen Parteien lassen sich kräftig von deutschen Unternehmen unterstützen. Parteispenden machen immerhin zwischen 10 bis 20 Prozent der Einnahmen aus. Das Interessante an der Spende der Substantia AG ist jedoch, dass sie August Baron von Finck gehört, der auch Miteigentümer der Mövenpick-Kette ist, die 14 Hotels betreibt. Bereits 2008 hatte Finck die FDP großzügig bedacht, allerdings mit nur knapp einer Viertelmillion Euro. Und wie heißt es doch dazu so schön im Volksmund: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing. Die FDP ist eben eine durch und durch geerdete Partei, die weiß, was sich gehört.

Unliebsame Wahrheit 11: Verstöße gegen das Parteiengesetz

2011 wurde die FDP zu einer Strafzahlung von 3,5 Millionen Euro verurteilt, weil die Partei zwischen 1996 und 2002 gegen das Parteiengesetz verstoßen hatte.

Es war ein Erbe, auf das die FDP sicher ganz gern verzichtet hätte. Zwischen 1996 und 2002 nahm die Partei unter dem nordrhein-westfälischen FDP-Vorsitzenden Möllemann Geld- und Sachspenden in Höhe von 2,2 Millionen Euro entgegen, die nicht wie vorgeschrieben im jährlichen Rechenschaftsbericht der FDP auftauchten. Vielleicht lag das daran, dass die Partei einige der Spenden gar nicht

hätte annehmen dürfen, da zu jenem Zeitpunkt der Spender nicht bekannt war.

Doch der armen FDP soll nicht über Gebühr Unrecht getan werden. Auch andere Parteien verstoßen gegen das Parteiengesetz und müssen Strafe zahlen:

- 2010 wurde gegen den Landesverband Rheinland-Pfalz der CDU eine Strafe von 1,2 Millionen Euro verhängt. Grund: Verstoß gegen das Parteiengesetz.
- 2012 musste die Düsseldorfer CDU 18 000 Euro Strafen zahlen. Grund: Verstoß gegen das Parteiengesetz.
- Strafe 2012 für die Linke: 292 000 Euro. Grund: Verstoß gegen das Parteiengesetz.
- 2006 traf es die Wuppertaler SPD. Höhe der Strafe: 766 000 Euro. Grund: Verstoß gegen das Parteiengesetz.
- 2002 brachte es die Kölner FDP auf 493 000 Euro Strafe. Grund: Verstoß gegen das Parteiengesetz.

Parteispendenkrösus in Deutschland ist die CDU. Zwischen 2002 und 2010 landeten Großspenden in Höhe von 17 Millionen Euro auf dem Konto der Konservativen. FDP und CDU folgen mit knapp über sechs Millionen weit abgeschlagen dahinter. Die SPD bringt es auf vier Millionen. Die Grünen schaffen eine halbe Million Euro. Die Linke ist für Großspender extrem unattraktiv: In acht Jahren gab es gerade mal 175 000 Euro. Als Großspenden gelten Spenden ab 50 000 Euro.

Unliebsame Wahrheit 12: Parteispenden versus Parteisponsoring

Seit der Einführung der Verschärfung der Publikationspflicht von Parteispenden nimmt das Parteisponsoring zu.

Kennen Sie den Unterschied zwischen einer Spende und einem Sponsoring? Die deutschen Parteien schon. Eine Spende müssten sie in ihrem Rechenschaftsbericht angeben. Ein Sponsoring taucht dagegen in dem Bericht nirgendwo auf. Eine feine Sache also, um die Partei zu finanzieren, und niemand erfährt etwas davon. So tummeln sich auf den Parteitag von CDU und FDP eben nicht nur viele Parteimitglieder, sondern auch zahlreiche Vertreter von Unternehmen wie VW und Vattenfall, die als Sponsoren des Parteitags fungieren. Für die Unternehmen hat das Sponsoring noch einen weiteren Vorteil. Im Gegensatz zu einer Parteispende lässt sich so ein Sponsoring nämlich in vollem Umfang von der Steuer absetzen. Doch nicht nur bei den Parteien, nein auch in der Bundesverwaltung, engagieren sich Unternehmen als Sponsor. Zu den spannendsten Lektüren, die das Bundesministerium des Inneren (BMI) verfasst, gehört daher der Bericht über die Sponsoringleistungen an die Bundesverwaltung, also an die Ministerien. Ich lese Ihnen gerne ein wenig daraus vor.

Unliebsame Wahrheit 13: Ministerien kassieren Sponsoring

Die deutschen Ministerien kassieren von Unternehmen und Verbänden jährlich über 90 Millionen Euro durch Sponsoring.

Alle zwei Jahre veröffentlicht das Bundesministerium den sogenannten Sponsoringbericht. In ihm wird aufgelistet, wie viel Geld durch

Sponsoring an die einzelnen Ministerien floss. Mittlerweile sind vier dieser Berichte erschienen. Der letzte aus dem Jahr 2011 listete die Sponsorengelder für die Jahre 2009 und 2010 auf. Gleich auf Seite 3 dürfen wir dort Folgendes zur Kenntnis nehmen:

»Der vorliegende vierte Bericht für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2010 weist Sponsoringleistungen von rund 93,4 Millionen Euro (3. Bericht rd. 78,2 Mio. Euro) aus.«¹⁰

Na, und da sage nochmal einer, dass in unserem Land die Dinge nicht mehr aufwärtsgen. Eine Steigerung der Sponsoringeinnahmen um fast 20 Prozent in nur zwei Jahren. Tja, 20 Prozent mehr hätte sicher auch so mancher Arbeitnehmer in dieser Zeit gern auf seinem Lohnzettel gesehen. Doch gehen wir noch ein bisschen in die Details. Wer bekommt denn eigentlich wie viel?

Am meisten sackt das Bundesministerium für Gesundheit ein. Gleich 61 der 93 Sponsoring-Millionen landen ausgerechnet bei diesem Ministerium, dessen Verantwortungsbereich in diesem Buch mit die meisten unliebsamen Wahrheiten hervorgebracht hat. Vieles davon sind kostenlose Sendezeiten von TV-Sendern oder aber kostenlose Plakatwerbeflächen.¹¹ Größter Spender ist jedoch ausgerechnet der Verband der privaten Krankenkassen mit gut 26 Millionen Euro im Jahr.

Ebenfalls hoch in der Gunst der Unternehmen stehen die Kulturförderung (14,7 Millionen), das Auswärtige Amt (6,6 Millionen) und – wie sollte es auch anders sein – das Bundespräsidialamt (3 Millionen

¹⁰ Quelle. Bundesministerium des Inneren

¹¹ Nur nochmal zur Erinnerung, damit nicht zu viel Rührung ob der Nächstenliebe einsetzt: TV-Sender und Plakatdienstleister können diese Sponsoring-Leistung steuerlich absetzen. Und sie können die Kampagnen schalten, wenn ein Werbeslot oder eine Außenwerbefläche gerade nicht anderweitig gebucht ist.

Euro).¹² Finanziert werden – neben Gesundheitskampagnen – von all diesem Geld vor allem Empfänge und Veranstaltungen. Nur ist es eigentlich schade, dass der deutsche Staat nicht aus eigener Kraft in der Lage ist, die Bibliothek seines Bundesverfassungsgerichtes so auszustatten, dass dieses keine Sponsoren dafür braucht. Überhaupt sollte es so sein, dass der Staat den ihm auferlegten Aufgaben unabhängig, ohne jede Einflussnahme von außen, nachgeht. Was ich mich an dieser Stelle auch noch frage: Weshalb haben die Unternehmen eigentlich so viel Geld für Parteien- und Verwaltungssponsoring übrig?

Ach so, stimmt ja – ihre Steuern werden ja andauernd gesenkt!

Unliebsame Wahrheit 14: Unternehmenssteuern

Seit 1990 sanken die Unternehmenssteuern in Deutschland um über 50 Prozent.

Und täglich grüßt das Murmeltier: Kein Wahlkampf, ohne dass einem Politiker die Sache mit den Steuersenkungen über die Lippen kommt. Leistung soll sich schließlich wieder lohnen. Als politisch interessierter Wähler ist man nach dem dritten, vierten Wahlkampf gegenüber diesem Stimmenköder jedoch relativ abgestumpft. Steuerliche Entlastungen nach der Wahl? Klar, die hätte man schon gern. Aber die gibt es doch eh nicht, egal, wer regiert.

Sollten auch Sie so denken, tun Sie unseren Politikern jedoch großes Unrecht. Denn seit 1990 hat es in Deutschland massive Steuer-

12 Neu-Bundespräsident Joachim Gauck hat das Sponsoring seines Amtes nun übrigens unterbunden. Nicht zuletzt, um das Bürgerfest des Bundespräsidenten mit Bürgern und nicht nur mit den Sponsoren zu feiern.